VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Politischer, flexibler, krisenfester – Fünf Trends in der Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen

2016

Diskussionspapier 2016

Inhalt

Einleitung – 1

TREND 1: Shrinking Spaces – Partner im Süden unter Druck – 2

TREND 2: Die politische Arbeit der NRO im Süden stärken – 4

TREND 3: Neue Aufgaben, neue Finanzierungsmodelle – 6

TREND 4: Kooperationen mit der Privatwirtschaft – 8

TREND 5: Verstärkt in Krisenregionen an der Seite der Menschen – 10

Fazit – 12

VENRO-Mitglieder – 12

Impressum – 13

Einleitung

Die Welt ist im Umbruch und neue politische Rahmenbedingungen stellen entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen (NRO) vor große Herausforderungen. In einer sich schnell verändernden Welt sind NRO mehr denn je gefragt, die eigenen Strategien zu hinterfragen und sich auf neue Aufgaben einzustellen.

Im Juli 2016 hat VENRO 25 Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Programmverantwortliche von ausgewählten Mitgliedsorganisationen nach aktuellen Herausforderungen in der Programmarbeit befragt. Dabei wurde versucht, ein möglichst repräsentatives Bild des Verbandes abzubilden und Vertreterinnen und Vertreter von großen, kleinen und mittleren Organisationen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit interviewt.

Aus den Antworten lassen sich fünf Trends für die Arbeit deutscher NRO ableiten:

- **Shrinking Spaces – Partner im Süden unter Druck**
- **Die politische Arbeit der NRO im Süden stärken**
- **Neue Aufgaben, neue Finanzierungsmodelle**
- **Kooperationen mit der Privatwirtschaft**
- **Verstärkt in Krisenregionen an der Seite der Menschen**

In dem vorliegenden Diskussionspapier stellt VENRO diese Punkte vor und weist auf die damit zusammenhängenden Chancen und möglichen Schwierigkeiten für NRO hin. Außerdem illustrieren fünf Mitgliedsorganisationen anhand von Praxisbeispielen ihre konkreten Erfahrungen, Erkenntnisse und Strategien.

Neben den fünf Trends wurden vereinzelt weitere Herausforderungen genannt, u. a. die wachsenden administrativen Hürden bei der Antragsstellung zur Finanzierung und eine zunehmende inhaltliche Einflussnahme der Geber auf die Arbeit der NRO. Zwei weitere Themen werden nachfolgend nur gestreift: Die Veränderungen, die durch die neue Agenda 2030 auf die NRO zukommen sowie die Herausforderungen einer zunehmenden Digitalisierung.

Mit dem vorliegenden Diskussionspapier setzt VENRO seine Publikationsreihe zur Zukunftsfähigkeit von NRO fort. Der Verband will damit zum Austausch anregen und einen Beitrag dazu leisten, dass sich deutsche NRO und mittelbar auch ihre Partnerorganisationen zukunftsfähig ausrichten.

TREND 1: Shrinking Spaces – Partner im Süden unter Druck

Immer mehr Staaten, in denen Nord-NRO ihre Partnerorganisationen im Kampf für Menschenrechte, Minderheiten oder Umweltschutz unterstützen, bewerten dieses Engagement als eine Einmischung anderer Staaten und als »Agententätigkeit« im Auftrag ausländischer Regierungen. Länder wie Russland, China, Kambodscha, Indonesien, Brasilien oder Israel haben mit neuen Gesetzen und Verordnungen den Handlungsspielraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeschränkt und Organisationen strafrechtlich verfolgt. Teilweise haben die Nord-Partner das Land notgedrungen verlassen. »Wir haben deshalb Strategien entwickelt, wie man sich nachhaltig aus einer Projektregion zurückzieht«, so der Vorstand einer befragten NRO. Dass aufgrund des eingeschränkten Handlungsraumes neue Partnerschaften und Exitstrategien notwendig sind, betonten viele der Befragten. Auch Geber würden solche Strategien fordern, leider aber nicht mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterstützen.

Doch nicht nur Gesetze allein behindern die Arbeit. Auch hohe bürokratische Hürden können die NRO aus dem Süden von ihrer eigentlichen Programmarbeit abhalten, etwa neue behördliche Genehmigungen, die sie für ihre Arbeit benötigen, die aber von den Behörden nicht ausgestellt werden. Ebenfalls hinderlich sind beispielsweise Forderungen nach umfassenden Berichten in der Landessprache oder die Auflage, ihre Finanzierung offen zu legen – verbunden mit der Auflage, dass nur ein begrenzter Anteil zur Finanzierung im Ausland eingeworben werden darf. Zugleich gaben viele der Befragten an, dass das Thema Finanzen und Abrechnungen in vielen Süd-NRO auch aus ihrer Sicht ein Schwachpunkt sei. Viele Partner böten deshalb auch eine Angriffsfläche für die staatlichen Einschränkungen.

Das oben geschilderte staatliche Vorgehen beschreiben die NRO als »massive Reglementierung«, die bis hin zur »Gängelung« zivilgesellschaftlicher Akteure reicht. Die NRO vor Ort, so eine der Befragten, sollen sich teilweise auf ihre rein karitative Arbeit beschränken, aber nicht als zivilgesellschaftlicher Akteur öffentlich zu politischen Fragen Stellung nehmen.

Zu den Folgen gehört, dass Süd-NRO verunsichert sind, inwieweit und ob sie überhaupt ihrer Arbeit nachgehen können, ohne Strafverfolgung zu befürchten. In manchen Ländern müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönliche Konsequenzen befürchten, etwa willkürliche Verhaftungen. Diese Verunsicherung führt in einigen Fällen zu einer »Selbstzensur«. NRO schränken aus Furcht vor Sanktionen ihre Advocacy-Arbeit ein, versuchen also weniger, zugunsten ihrer Zielgruppen auf politische Entscheidungen einzuwirken.

Bürokratische Hürden und Gewalt in der Projektarbeit

Brot für die Welt arbeitet in vielen Regionen der Welt mit Partnerorganisationen zusammen. Viele unserer Partner berichten von zunehmender, systematischer Repression und von Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Organisationen. Der Druck kann beispielsweise von einzelnen Politikerinnen und Politikern ausgehen, aber auch von mächtigen Interessengruppen sowie von Medien, die nicht ausgewogen berichten.

In Lateinamerika ist zu beobachten, dass Partnerorganisationen, die sich kritisch mit Ressourcenabbau und dem Thema Rechtsstaatlichkeit beschäftigen, massiv unter Druck geraten. In Mexiko und in Ländern Zentralamerikas beispielsweise geht die organisierte Kriminalität mit extremer Gewalt vor, um ganze Landstriche für den Drogenanbau, -schmuggel und Menschenhandel zu sichern. In vielen Fällen handelt es sich bei diesen Landstrichen auch um besonders rohstoffreiche Gegenden, was die Lage noch komplexer macht. Lokale Politikerinnen und Politiker sowie staatliche Sicherheitskräfte stecken in vielen Fällen mit dem organsierten Verbrechen unter einer Decke.

Bedroht und willkürlich verhaftet

Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen sowie Bürgerinnern und Bürger, die sich für die Menschenrechte einsetzen, werden willkürlich verhaftet, überwacht, bedroht, überfallen, ermordet. Von Medien werden sie zum Teil systematisch diffamiert und als »ausländische Agenten«, »Geldwäschemaschinen«, »Terroristen«, »Freunde des Westens«, »Vaterlandsverräter«, »entwicklungsfeindlich« etc. bezeichnet. So wird nicht nur der gute Ruf von Organisationen zerstört, sondern auch alternative Finanzierungsquellen im Inland, wie etwa Spenden, bleiben aus. Die fördernden Geber werden in vielen Fällen mit an den Pranger gestellt.

In Kambodscha fordert ein neues umstrittenes Gesetz zu Vereinigungen und NRO (»LANGO«) unverhältnismäßige Dokumentationen und Berichterstattung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Das Gesetz gibt dem Innenministerium und dem Außenministerium außerdem willkürliche Entscheidungsbefugnis, Organisationen die Registrierungen zu entziehen oder zu verweigern. Auch Partnerorganisationen von Brot für die Welt wird von staatlichen Behörden bereits damit gedroht, dass die Sanktions-

Bäuerinnen und Bauern demonstrieren in Jakarta, Indonesien, für Landrechte.

maßnahmen des Gesetzes gegen sie angewandt werden könnten. Seit Mai 2016 werden vermehrt Mitarbeitende von NRO und Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Menschenrechte einsetzen, festgenommen, inhaftiert, bedroht und eingeschüchtert. Ein prominenter leitender Mitarbeiter eines Partners von Brot für die Welt musste im Juli 2016 wegen Todesdrohungen das Land verlassen.

In Indien wird die Förderung zivilgesellschaftlicher Partnerorganisationen durch Brot für die Welt vor allem auf Grundlage des »Foreign Contribution Regulation Act« (FCRA) reglementiert. Indische Organisationen, die im Rahmen dieses Gesetzes registriert werden, können Mittel von ausländischen Gebern erhalten. Wird die Registrierung verweigert, vorläufig außer Kraft gesetzt oder entzogen, ist keine finanzielle Förderung von Projekten mehr möglich. Seit der Gesetzesänderung des FCRA im Jahr 2010 haben circa 4.000 NRO ihre Registrierung verloren. Betroffen sind vor allem Organisationen, die sich mit Atomkraft, Menschenrechten und Umweltschutz beschäftigen. Auch Partnern von Brot für die Welt wurde die Registrierung vorübergehend entzogen. In der Zwischenzeit konnten diese ihre Registrierungen zum Teil nach langwierigen Gerichtsprozessen wiedererlangen.

Fälle öffentlich machen, um Menschen zu schützen

Bei akuten Bedrohungen steht Brot für die Welt den Partnerorganisationen beratend und unterstützend zur Seite. Gezielte Lobbymaßnahmen sollen Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese entsprechende Maßnahmen zu deren Schutz ergreifen oder von Repressionen ablassen. Wir stehen in ständigem Kontakt mit dem Auswärtigen Amt und sprechen mit weiteren politischen Verantwortungsträgern in Deutschland und im betroffenen Land. Öffentlichkeit herzustellen ist in vielen Fällen der beste Schutz. Brot für die Welt verfügt über einen Notfallfonds, aus dem wir Rechts- oder Gesundheitsbeihilfe, Gerichtskosten, Visagebühren oder Sicherheitstrainings finanzieren können. In Ausnahmefällen unterstützt Brot für die Welt die zeitweise Evakuierung gefährdeter Personen.

Langfristig werfen diese Entwicklungen schwierige Fragen auf: Wie können wir Partner in den Ländern finanziell fördern, wo der Erhalt von Geldern aus dem Ausland durch Gesetze und Verordnungen beschränkt ist oder wo Registrierungen fehlen? Wie geht man mit den unverhältnismäßigen Kontrollen und Autorisierungen durch Behörden bei einzelnen Projekten und Verträgen um? Wie geht Brot für die Welt damit um, wenn künftig von einigen Ländern eine Registrierung als Geberin gefordert wird? Diese und weitere Fragen diskutieren wir gemeinsam mit den Partnerorganisationen und zum Teil auch mit Stiftungen und anderen betroffenen Organisationen sowie in internationalen Netzwerken, um gemeinsame Gegenstrategien zu finden.

Referat Menschenrechte und Frieden, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

TREND 2: Die politische Arbeit der NRO im Süden stärken

Die meisten VENRO-Mitglieder arbeiten mit Partnerorganisationen in den Staaten des Südens zusammen. Sie setzen sich gemeinsam für eine verbesserte Armutsreduzierung, eine bessere medizinische Versorgung oder die vielfältige Unterstützung einzelner Gruppen, etwa von Frauen, Kindern oder der ländlichen Bevölkerung ein. Die NRO im Norden und im Süden stellen fest, dass die unterstützten Gruppen zwar von der Hilfe profitieren und vermitteltes Wissen die Lage vor Ort verbessert. Allerdings sind diesen Verbesserungen in vielen Kontexten Grenzen gesetzt. Ein Grund dafür ist die politisch benachteiligte Stellung der unterstützten Zielgruppen.

Oftmals verfügen diese über keine politische Interessenvertretung – ihnen fehlt eine Lobby. Das führt dazu, dass ethnische Minderheiten, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern oder Straßenkinder ihre prekäre Lage nicht gegenüber politischen Entscheidungsträgern zur Sprache bringen können. Es führt außerdem dazu, dass Gesetze und Bürgerrechte zwar von einer Verfassung garantiert werden, für einige Gruppen aber nicht einzufordern sind. Auch auf lokaler Ebene führt die fehlende politische Teilhabe zu handfesten Nachteilen, etwa bei Konflikten um Land. Das wollen viele NRO ändern, indem sie ihre Projektarbeit um eine politische Komponente ergänzen.

Die Zielgruppen der Projektarbeit in den Ländern des globalen Südens sollen deshalb künftig zunehmend in die Lage versetzt werden, sich im politischen Umfeld Gehör zu verschaffen, ihre Bürgerrechte zu schützen und als Interessengruppen auf mehr Teilhabe hinzuwirken. Sowohl größere als auch kleinere NRO entwickeln deshalb Konzepte, um diese Arbeit weiter auszubauen.

Die Herausforderungen sind vielfältig: Die Tendenz des »Shrinking Space« (siehe Trend 1) erschwert den Ansatz in einigen Ländern. Zugleich gibt es in vielen Projektkontexten aber auch andere Prioritäten: »Ohne eine ausreichende Befriedigung der Grundbedürfnisse lässt sich auch keine sinnvolle Lobbyarbeit machen«, so eine Projektmitarbeiterin. Auch die Finanzierung schätzen einige Mitgliedsorganisationen aus mehreren Gründen als schwierig ein. Das Vermitteln politischer Arbeit ist eine komplexe Aufgabe. Sie lässt sich gegenüber Gebern schwieriger nachweisen und mit positiven Wirkungen belegen als andere Maßnahmen. Auch Spenderinnen und Spender sind schwieriger von solch einer Arbeit zu überzeugen als von einer sichtbaren wie etwa dem Bau von Schulen. Bisher stehen deshalb kaum Spendengelder zur Verfügung.

Viele Nord-NRO verfolgen den Ansatz, die Themen ihrer Partner auch im Norden aufzugreifen und in die Politik zu bringen. Dies scheitert insbesondere bei kleinen Organisationen an der mangelnden Finanzierung: »Uns fehlen die Kapazitäten unseren Ansprüchen gerecht zu werden. Wir machen zu wenig Lobbyarbeit im Norden, weil es hierzu keinerlei Finanzierung gibt«, so ein Projektmitarbeiter.

Die Projektarbeit politischer machen

Oxfam sieht sich als Teil einer globalen Bewegung, die Armut und extreme Ungleichheit beseitigen will. Dies kann nur gelingen, wenn wir die strukturellen Ungerechtigkeiten beenden, die dazu führen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinanderklafft. Daher setzt sich Oxfam schon seit vielen Jahren mit politischer Kampagnenarbeit für gerechtere Beziehungen zwischen Nord und Süd und die Durchsetzung der Menschenrechte ein.

Auch in unserer Projektarbeit verfolgen wir einen menschenrechtsbasierten Ansatz, indem wir zum Beispiel Frauenorganisationen unterstützen, die sich in ihren Ländern auf praktischer und politischer Ebene für Frauenrechte starkmachen. Wenn wir uns aber selbstkritisch fragen, welcher Prozentsatz unserer Projektgelder in solche Förderung fließt, stellen wir fest, dass viele Vorhaben faktisch einen starken Schwerpunkt im Bereich der praktischen Hilfe für benachteiligte Gemeinschaften haben – von Brunnenbau über Saatgut zur Förderung von Spargruppen. All das ist gut und wichtig und wird von den Menschen gewünscht und geschätzt, aber es trägt nur wenig zur Lösung der strukturellen Probleme bei.

Oxfam hat daher in seinem aktuellen strategischen Plan beschlossen, die Projektarbeit politischer zu machen und in jedes Projekt Komponenten zu integrieren, die auf Einflussnahme zugunsten der Armen und Benachteiligten abzielen. Wo es möglich ist, soll auch ein stärkerer Bezug zwischen Kampagnenarbeit im Norden und Projektarbeit im Süden hergestellt werden.

Farmarbeiterinnen setzen ihre Recht durch

Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit mit unserem Partner Women on Farms Project in Südafrika, der seit Langem mit Farmarbeiterinnen auf den kommerziellen Wein- und Obstfarmen am West- und Nordkap arbeitet. Neben konkreter Unterstützung für die Frauen durch den Aufbau von Gemüsegärten geht es im laufenden Projekt vor allem um die Aufklärung über Arbeitsrechte, die Fortbildung von Arbeiterinnen zu Rechtsberaterinnen für ihre Kolleginnen und die Bildung von Arbeitsrechtsforen vor Ort, mit deren Hilfe die Frauen gemeinsam ihre Rechte gegenüber den Farmern durchsetzen. Gleichzeitig werden Arbeitsrechtsverletzungen dokumentiert und veröffentlicht und Treffen mit politischen Entscheidungsträgern und Farmern organisiert, um die Umsetzung bestehender Gesetze einzufordern.

Die Bäuerin Philipina Ndamane auf einem Feld in Kapstadt, Südafrika.

Parallel hierzu führt Oxfam in Deutschland und mit dem Partner in Südafrika Recherchen zu Lieferketten und dem Einfluss deutscher Supermärkte auf die Preisgestaltung und damit auch die Arbeitsbedingungen auf Farmen in Südafrika durch. Das Ziel ist, die deutsche Öffentlichkeit für die Zusammenhänge zu sensibilisieren und Druck auf die Supermärkte aufzubauen.

Das Projekt läuft bisher erfolgreich, vor allem dank des Engagements vieler Farmarbeiterinnen, die 2012 in einem Streik politische Erfahrungen gesammelt haben, sowie dank der langjährigen Expertise und Glaubwürdigkeit der Partnerorganisation. Noch ist allerdings unklar, ob sich die Lieferketten tatsächlich von Deutschland zu bestimmten Farmen zurückverfolgen lassen, ob eine Supermarktkampagne in Deutschland Einfluss auf die Preisgestaltung der Supermärkte nehmen kann und eventuelle Preiserhöhungen bei den Farmarbeiterinnen ankämen. Bei Projektbesuchen ist auch zu beobachten, dass manche Frauen ihre knappe Zeit lieber wieder in ihre Gemüsegärten als in weitere politische Arbeit investieren. Sie sind frustriert, weil sie mit dem Streik zwar höhere Löhne erkämpfen konnten, die Farmer dafür aber vielen Familien das Wohnrecht auf den Farmen gekündigt und besonders aktive Frauen entlassen haben.

Einflussnahme hinter den Kulissen

Nicht überall sind die Bedingungen für politische Projektarbeit so günstig wie in Südafrika. Oxfam arbeitet partnerzentriert und nicht alle Partner sind an politischer Einflussnahme interessiert, sei es aus mangelnder Expertise in der Lobby- und Kampagnenarbeit, aus berechtigter Sorge vor Repressalien oder mangels staatlicher Strukturen, an die sie Forderungen richten könnten. Auch die Oxfam-Länderbüros müssen mancherorts vorsichtig sein, um nicht ihre Registrierung und damit die gesamte Arbeit zu gefährden, so dass Einflussnahme dort nur hinter den Kulissen stattfinden kann.

Immer wieder stellt sich außerdem die Frage nach der Legitimation und dem Mandat von NRO. Ist es unsere Aufgabe, im Süden politisch Einfluss zu nehmen? Andererseits: Welche Chancen lassen wir ungenutzt, wenn wir es nicht tun? Und schließlich passt die Projektförderlogik staatlicher Geber mit starren Laufzeiten und Budgets sowie unflexiblen Vorgaben zur Beschreibung von Zielen, Unterzielen, Indikatoren etc. nicht unbedingt zu den Unwägbarkeiten von politischen Prozessen, die Flexibilität und einen langen Atem voraussetzen. Viele Fragen sind also offen, über die sich Oxfam gern mit anderen Akteurinnen und Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit austauschen würde.

Nicole Schenda, Leiterin Projektarbeit von Oxfam Deutschland e.V.

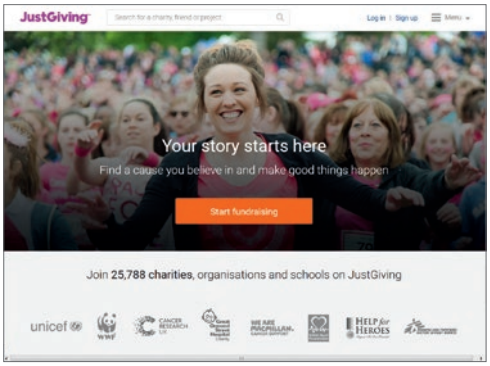
TREND 3: Neue Aufgaben, neue Finanzierungsmodelle

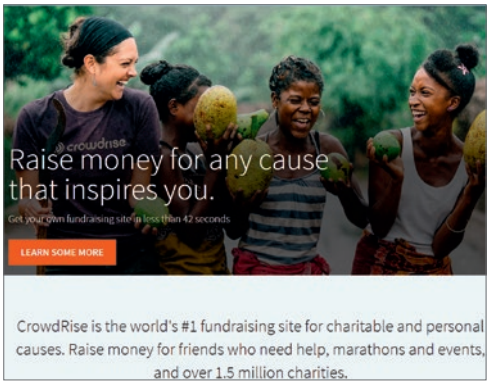
In vielen Ländern des globalen Südens sind in den vergangenen Jahren große und kleine NRO entstanden, die eigenständig Projekte umsetzen und selbst Spendengelder einwerben. »30 bis 50 Prozent unserer Partnerorganisationen betreiben bereits ihr eigenes Online-Fundraising«, sagt eine NRO-Vertreterin. Für die NRO in Deutschland stellt sich deshalb die Frage, wo künftig ihre Aufgaben liegen werden. Damit stellt sich auch die Frage der Finanzierung neu.

Der Geschäftsführer einer NRO sagt: »Wir werden künftig weniger Projekte selbst umsetzen, sondern zunehmend für das Monitoring zuständig sein.« In diesem Bereich sehen auch anderen deutsche NRO verstärkt ihre künftige Arbeit: Projekte kritisch begleiten, Wirkungen messen, beratend auf Grundlage der erworbenen Expertise tätig sein und sich um Aufträge großer Akteure im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bewerben, etwa von staatlichen Auftraggebern (z. B. GIZ, DIFD), internationalen Einrichtungen wie der Europäischen Union und den Vereinten Nationen oder auch großen Stiftungen wie der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung.

Damit verändert sich das Verhältnis von Nord und Süd NRO grundlegend. NRO werden weltweit zu strategischen Partnern. Auch für das Einwerben von Mitteln bedarf es oftmals keine Partner im Norden mehr. Durch die zunehmende Digitalisierung des Fundraisings können NRO in fast allen Ländern der Welt um Spenden werben, hierzu nutzen sie internationale Plattformen wie »Just Giving«. Insbesondere im englischen Sprachraum ist dieser Trend zunehmend sichtbar. Mit der Weiterentwicklung von digitalen Übersetzungsprogrammen fällt aber auch die sprachliche Hürde weg. Viele NRO reagieren hierauf, indem sie Entscheidungsprozesse und Gremien internationalisieren oder ihre bisherigen Länderbüros so umbauen, dass diese zu eigenständigen NRO werden, mit denen sie dann eine strategische Partnerschaft eingehen.

Einige NRO denken darüber nach, ihre Tätigkeit auch mit Hilfe neu gegründeter Rechstformen anzubieten. NRO bieten ihre Arbeitskraft zunehmend als Dienstleistung und Auftragnehmer an internationale Unternehmen und Organisationen an. Das Vorstandsmitglied einer Organisation betont: »Das ist ein gigantischer Wachstumsmarkt für NRO.« Gleichzeitig wollen auch deutsche NRO ihr Fundraising internationalisieren und private Spender in anderen Ländern für sich gewinnen. »In diesem Bereich müssen wir noch besser werden«, sagt eine deutsche NRO-Vertreterin selbstkritisch.





Zunehmende Digitalisierung des Fundraisings: Im Internet gibt es eine ganze Reihe von Spenden-Plattformen.

Mit Fachwissen neue Auftraggeber gewinnen

Die DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe ist eines der ältesten deutschen Hilfswerke. Sie wurde 1957 gegründet, um Leprakranken in Äthiopien zu helfen. Dank der hohen Spenderakzeptanz konnte die DAHW ihre Arbeit schnell geografisch und thematisch ausweiten und ist heute weltweit als medizinisches und soziales Hilfswerk im Bereich der vernachlässigten Tropenerkrankungen tätig. In all den Jahren hat die DAHW in den Partnerländern Expertise erworben, die nicht nur für das Kerngeschäft der DAHW hilfreich ist, also für die Behandlung, Rehabilitation und Inklusion Erkrankter mit jenen Krankheiten, die vor allem arme Menschen treffen. Zu unserer Expertise zählen medizinisches Wissen, Beratungskompetenz, Organisationsentwicklung und Politikberatung.

Seit einigen Jahrzehnten nehmen die Spendeneinnahmen der DAHW langsam aber kontinuierlich ab, was vor allem an dem schwindenden Interesse der nachwachsenden deutschen Bevölkerung und der Medien an den Themen Lepra und Tuberkulose liegt. Konsequenterweise hätte die DAHW sich dafür entscheiden können, ihre Projektausgaben entsprechend anzupassen und damit ihre Strukturen in den Partnerländern sukzessive zurückzubauen. Die DAHW hat aber erkannt, dass damit auch kontinuierlich aufgebautes Wissen und Expertise in den Ländern verschwinden würden. Qualifizierte Mitarbeitende würden in andere Fachbereiche abwandern, wenn nicht sogar das Land verlassen, was dann nicht nur für unsere Zielgruppe ein Verlust wäre, sondern auch für das jeweilige nationale Gesundheitssystem.

Vor allem zu Lepra, eine der vernachlässigten Tropenerkrankungen, ist das Wissen in vielen staatlichen Gesundheitssystemen von Entwicklungsländern nicht mehr vorhanden. Ohne unterstützende und weitgehend durch Spenden ermöglichte Expertise könnte diese Krankheit nicht mehr ausreichend behandelt werden.

Investiert, dazugelernt, profitiert

Die DAHW hat sich daher dafür entschieden, die geschaffene Expertise in den Partnerländern zu erhalten, indem wir unser Geschäftsmodell erweitern und unser Expertenwissen als Dienstleistung anbieten. Ermutigend war hierbei die Tatsache, dass die DAHW bereits in der Vergangenheit als Dienstleister von internationalen Organisationen (zum Beispiel der Weltgesundheitsorganisation oder vom Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria) in Anspruch genommen wurde. Neben den bereits genannten Organisationen sind wir mittlerweile auch Dienstleister für den privaten Sektor (Begleitung und Implementierung von Forschungsprojekten, Praxistests), andere internationale Organisationen und staatliche Stellen in den jeweiligen Ländern.

Was bisher fehlt, sind die deutschen Vorfeldorganisationen und deutsche Consulting-Unternehmen. Es scheint, als würden wir als NRO von diesen nicht wirklich als professionelle Partner in Erwägung gezogen – von Ausnahmen abgesehen. Wir sind aber überzeugt, dass wir in einigen Bereichen durch unsere Arbeit zu besseren und wirtschaftlicheren Ergebnissen beitragen können als andere Auftragnehmer.

Unsere neuen Auftraggeber sind anspruchsvoll, was Berichtswesen, Monitoring und Produktgestaltung betrifft. Hier mussten wir nachsteuern, investieren und lernen, uns in die Lage des jeweiligen Auftraggebers zu versetzen. Das alles kam am Ende auch unseren eigenen Projekten zugute. Wir werden weiter vorangehen, die Partner zur Definition gemeinsamer Ziele animieren und uns für die Nutzung von sektorübergreifenden Synergien stark machen.

Jürgen Ehrmann, Abteilungsleiter Medizinische und soziale Projekte der DAHW, Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

TREND 4: Kooperationen mit der Privatwirtschaft

Inwiefern sind Kooperationen mit der Privatwirtschaft für NRO sinnvoll? Diese Frage stellen sich die Mitgliedsorganisationen immer wieder neu. Viele NRO verbindet eine prinzipielle Offenheit für Gespräche mit der Privatwirtschaft, um Ziele zu erreichen. Kooperationen können unter bestimmten Umständen hilfreich sein, um die Situation der Menschen zu verbessern, gaben einige der befragten NRO-Vertreter an. Gleichzeitig betonen die NRO, dass ihre Selbständigkeit und eine kritische Haltung gegenüber Unternehmen weiter zum Kern ihres Selbstverständnisses gehören. Ein NRO-Vertreter sagt: »Auf der Umsetzungsebene haben wir bisher bei der Zusammenarbeit mit Unternehmen eher schlechte Erfahrungen gemacht.« Deshalb müsse jeder Einzelfall genau geprüft werden.

Möglich sind Kooperationen von NRO mit einem oder mehreren Unternehmen (zunehmend auch mit einer starken Wirtschaft aus den Ländern des Südens) sowie anderen Organisationen und Vertretern der Zivilgesellschaft. Solche sogenannten Multi-Akteurs-Partnerschaften fordert etwa die Agenda 2030.

Ebenfalls denkbar ist die (teilweise) Finanzierung von Projekten durch Unternehmen, insbesondere wenn für bestimmte Aufgaben wenig öffentliche Mittel oder Spenden zur Verfügung stehen. Auch Gutachtertätigkeiten für Firmen sind für einige NRO interessant, um etwa in deren Auftrag zu prüfen, ob unternehmerische Standards zum Schutz von Mitarbeitern oder der Umwelt eingehalten werden (siehe Trend 3).

Gleichzeitig bleibt es eine wichtige Aufgabe der NRO, Unternehmen kritisch zu beobachten und ein stärkeres Engagement von der Staatengemeinschaft für mehr Unternehmensverantwortung einzufordern. Internationale Abkommen und die staatliche Gesetzgebung müssten Unternehmen verpflichten, Wertschöpfungsketten fairer zu gestalten, Arbeiterrechte zu gewährleisten und die Natur zu schützen. »Es darf nicht sein, dass Verbesserungen lediglich in zertifizierten Nischen geschaffen werden und die dort produzierten Produkte aufgrund höherer Preise einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Produkten haben, in deren Wertschöpfungskette nationale oder internationale Gesetze gebrochen werden«, sagt eine NRO-Geschäftsführerin.

Kooperationen nur mit klaren Standards

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene, setzt sich seit seiner Gründung vor 25 Jahren mit dem Verhalten von Unternehmen auseinander. Das Ziel ist dabei bis heute, Veränderungen in Wertschöpfungsketten zu erreichen. So fordern wir Transparenz, die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie höhere Umweltstandards. In Kampagnen engagieren wir uns für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit, nutzen darüber hinaus aber auch andere Wege, um die Situation von Menschen, die von ungerechten Wirtschaftsstrukturen betroffen sind, nachhaltig zu verbessern.

Wir nehmen gezielt an Stakeholder-Dialogen mit längerfristiger Perspektive teil (z. B. »Bündnis für Nachhaltige Textilien« oder »Forum Nachhaltiger Kakao«), organisieren oder beteiligen uns an einzelnen thematischen Dialogforen (zum Beispiel mit der Automobilindustrie) oder führen Gespräche mit Firmen. SÜDWIND führt im Auftrag von Unternehmen auch Analysen zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen des Anbaus oder der Verarbeitung bestimmter Produkte durch, wie zum Beispiel von Haselnüssen oder Kakao. Ein weiteres Instrument ist unsere Tätigkeit in Beiräten wie bei der Rewe Group oder in Anlageausschüssen von Banken.

Richtungsweisend für die Entscheidung, in eine Beratung, einen kritischen Dialog oder andere Formen von Kooperationen mit Unternehmen einzutreten, war für SÜDWIND immer, ob und welches Veränderungspotenzial es im Unternehmen gibt und wie groß unsere Möglichkeit ist, das Verhalten des Unternehmens zu beeinflussen. Die Gretchenfrage lautet für uns, ob durch die Kooperation Veränderungen in den Wertschöpfungsketten der Unternehmen erreicht werden können und ob damit für die von Armut oder Ungerechtigkeit Betroffenen ein entwicklungspolitischer Vorteil entstehen kann.

Keine Kooperation ohne Ausstiegsszenario

Alle Formen der Kooperation mit Unternehmen prüfen wir. Dafür hat der Vorstand eine Richtlinie entwickelt, mit deren Hilfe er jeden Einzelfall entscheidet. So wird zum Beispiel beurteilt, welche Einflussmöglichkeiten auf die Arbeit des Unternehmens im Sinne der Leitlinien von SÜDWIND bestehen und welche Risiken der Vereinnahmung es gibt. Mit jeder Kooperation definiert SÜDWIND ein Ziel und evaluiert regelmäßig, ob es erreicht worden ist. Selbstverständlich

In Berlin fordern Aktivistinnen und Aktivisten von Bundeskanzlerin Angela Merkel, deutsche Unternehmen dazu zu verpflichten, auch im Ausland die Menschenrechte zu achten.

werden auch das Reputationsrisiko für uns und das Kräfteverhältnis beurteilt. Wichtig ist uns immer, ob trotz der Kooperation die Möglichkeit besteht, weiterhin Kritik am Unternehmen zu üben. Nicht zuletzt entwickeln wir vor jeder Entscheidung auch ein Ausstiegsszenario.

Ein weiteres Kriterium ist für uns die Finanzierbarkeit des Engagements. Als gemeinnützige Organisation, die von Fördergeldern und externen Einnahmen abhängig ist, müssen wir immer auch die Wirtschaftlichkeit unseres Handelns im Blick haben. Wir können uns nur dann in Kooperationen begeben, wenn das Engagement als Bestandteil von Projekten über Fördergelder finanziert wird oder indem wir eine bezahlte Leistung erbringen.

So ist SÜDWIND beispielsweise seit 2013 im Beirat von Pro Planet vertreten: Mit dem Pro-Planet-Label kennzeichnet die Rewe Group Produkte, deren Produktion so verändert wird, dass aufgrund der Veränderungen Umwelt und Gesellschaft weniger belastet werden. Um das Label zu vergeben, muss der unabhängige fünfköpfige Beirat darüber befinden, ob es bei der Herstellung der Produkte tatsächlich deutliche ökologische und soziale Verbesserungen gegeben hat. Angesiedelt ist der Vergabe-Prozess für das Label beim Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production (CSCP), einer gemeinschaftlichen Gründung des Wuppertal-Instituts und von UNEP, der Umweltbehörde der Vereinten Nationen. Dem CSCP stellt SÜDWIND seine Leistungen in Rechnung.

Überzeugt davon, wirkliche Veränderungen zu erreichen

Die Entscheidung, sich in diesen institutionalisierten kritischen Dialog zu begeben, haben wir vor allem getroffen, weil wir überzeugt waren, wirkliche Veränderungen in Wertschöpfungsketten anstoßen zu können. Bevor ein Produkt das Pro-Planet-Label erhält, muss es erfolgreich einen fünfstufigen Prozess durchlaufen. Dieser beginnt mit einer Analyse, in der ökologische und soziale Probleme, die von der Herstellung bis zum Gebrauch beziehungsweise bis zum Verbrauch eines Produkts auftreten können, ermittelt werden. Daraufhin werden Lösungsvorschläge erarbeitet und Verbesserungsmaßnahmen umgesetzt. Der Beirat vergibt das Label nur, wenn Verbesserungen nachgewiesen werden. Rewe kann kein Pro-Planet-Siegel ohne Zustimmung des Beirats vergeben.

Wir haben festgestellt, dass in den vergangenen Jahren Stakeholderprozesse und Unternehmensdialoge zu sehr vielen Bereichen entstanden sind. Die Entscheidung über die vielen Anfragen, uns in solche Prozesse einzubringen, können wir nur deshalb gut treffen, weil wir auf der Basis einer Strategie und unserer Kriterien arbeiten.

Martina Schaub, Geschäftsführerin SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

TREND 5: Verstärkt in Krisenregionen an der Seite der Menschen

Im Sommer 2016 hat der Think Tank »Institute for Economics and Peace« den aktuellen Weltfriedensindex (Global Peace Report) veröffentlicht. Ein Ergebnis: Insgesamt ist die Welt weniger friedlich als im Vorjahr, politische Instabilität und Terrorismus führen seit zehn Jahren zu mehr Unsicherheit. Vor allem in Afrika und im Nahen Osten verschlechterte sich die Lage.

Einige Konflikte halten seit Jahren an, verschwinden aber aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Für diese Krisen stehe zu wenig Geld bereit, bemängeln VENRO-Mitglieder. Es fehlten sowohl Spenden als auch öffentliche Gelder. In der humanitären Hilfe werde oftmals nur für kurze Zeiträume finanziert, wo eine längerfristige stabilisierende Arbeit der NRO nötig wäre.

Zu gewalttätigen Konflikten kommen zunehmend auch andere Krisensituationen, etwa nach Naturkatastrophen oder der flächendeckende Ausbruch einer Krankheit wie Ebola. Krisen sind heute komplexer, da zumeist verschiedenste Kriegsparteien auftreten. Für entwicklungspolitische NRO bringt diese Entwicklung eine Reihe von Herausforderungen mit sich. Die Arbeit in unsicheren Kontexten verlangt mehr Vorbereitung und Absicherung, was teilweise erheblichen Zeitaufwand und hohe Kosten mit sich bringt. Nicht zuletzt müssen die NRO ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Verhalten in Konflikten vorbereiten und in ihren bestmöglichen Schutz sowie in Trainings investieren.

In der Humanitären Hilfe gibt es derzeit das Ziel der Lokalisierung. Dabei sollen internationale NRO in humanitären Notsituationen nicht mehr selbst auftreten, sondern in erster Linie die lokalen Zivilgesellschaften unterstützen. Damit gehen neue Herausforderungen einher: Wie kann in so einem Kontext sichergestellt werden, dass das Gebot der Neutralität eingehalten wird? Eine Mitgliedsorganisation baut deshalb selber lokale Teams auf, die sich teilweise zu selbständigen NRO entwickeln. Sie sind bei künftigen Krisen bereits vor Ort, sind vernetzt und können direkt tätig werden. Auch diese Veränderungen führen zu einem neuen Rollenverständnis deutscher NRO.

Mitarbeitende müssen besser geschützt werden

Die Sicherheitslage für Mitarbeitende der Christoffel Blindenmission (CBM) hat sich in den vergangenen Jahren in einigen Projektländern verschlechtert. Ein Beispiel dafür ist Haiti. Die CBM hat ihre Arbeit dort seit dem verheerenden Erdbeben von 2010 verstärkt. Allerdings haben seitdem auch die Gefährdungen zugenommen. Die politische Situation ist instabil und die desolate wirtschaftliche Lage hat zu einer Zunahme von Verbrechen geführt. Weitere Naturkatastrophen sind zu erwarten, vor allem Hurricanes und Erdbeben.

In Staaten mit anhaltenden bewaffneten Konflikten mussten wir außerdem feststellen, dass die Konfliktparteien NRO-Personal längst nicht mehr überall als »neutral« oder als »kein direktes Ziel« einstufen. All diese Gefahren führten zu der Frage, wie man die Kolleginnen und Kollegen besser schützen und somit die CBM-Projekte weiter fortführen kann. Die CBM beschloss, als Teil ihrer Sorgfaltspflicht,das Sicherheitsmanagement auszubauen.

Vor diesem Hintergrund hat die CBM in den vergangenen drei Jahren ein neues Sicherheitskonzept entwickelt, das wir mittlerweile in allen Projektregionen umgesetzt haben. Zunächst haben wir die Hauptrisiken und damit die Schwerpunkte unserer Sicherheitsstrategie herausgearbeitet und sind mit den Mitarbeitenden im Ausland in die Umsetzung gegangen. Das war ein wertvoller Lernprozess! Wir haben festgestellt, dass wir nicht alle Punkte auf einmal umsetzen können, also haben wir Prioritäten gesetzt und unser Sicherheitskonzept darauf aufgebaut.

In verschiedenen CBM-Auslandsbüros haben wir daraufhin erste Trainings abgehalten. Mit den Erkenntnissen daraus haben wir dann ein viertägiges Trainingsmodul entwickelt, das wir in allen Regionalbüros der CBM durchgeführt haben,um das Sicherheitskonzept lokal zu verankern. Derzeit arbeiten wir an Feinheiten. Wir prüfen, ob unser Konzept wirklich überall verankert ist und wir analysieren, wie sich die Lage in bestimmten Regionen entwickelt und ob wir unsere Strategie anpassen müssen.

Nicht nur Kostenfaktor, sondern Chance für die Organisation

Unseren Mitarbeitenden haben wir vermittelt, dass ein Sicherheitsmanagement nicht bloß ein Kostenfaktor und eine Zusatzbelastung ist. Wir betonen immer wieder, dass unser Sicherheitskonzept ein wichtiger Bestandteil der Projektar-

Die haitianische Hauptstadt Port-au-Prince, nachdem sie von einem Hurrikan getroffen wurde.

beit der CBM ist, der auch dabei hilft, bei Ausschreibungen zu punkten und qualifiziertes Personal zu gewinnen.

Ungefähr zehn Prozent des CBM-Personals haben eine Behinderung (Mobilitätseinschränkungen, Hör- oder Sehbeeinträchtigung). Um sie so gut wie möglich zu schützen, haben wir beispielsweise in Haiti Evakuierungstrainings durchgeführt, um auf Naturkatastrophen vorzubereiten. Dabei haben wir festgelegt, welche Kolleginnen und Kollegen ohne Behinderungen den Kolleginnen und Kollegen mit Behinderungen helfen. Und für Dienstreisen haben wir – für alle Projektländer – den »Disability Inclusive Safety & Security and Travel Approach« (»Inklusives Reise- und Sicherheitskonzept«) aufgestellt, damit auch Kolleginnen und Kollegen mit Behinderungen so sicher wie möglich reisen können. In diesen Fällen kommt unseren Mitarbeitenden ohne Behinderungen eine besondere Verantwortung zu, auf die wir sie gut vorbereiten wollen.

Eine Hotline für den Notfall einrichten

Beim Verankern unseres Sicherheitskonzeptes haben wir einiges dazu gelernt. Folgende Erkenntnisse geben einen Einblick, was alles zu beachten ist: Generell geht es darum, die Frage nach Sicherheitsrisiken in seiner Organisation offen zu stellen und frühzeitig aus allen Personalebenen Hinweise zu Risiken einzuholen. Man sollte die Mitarbeitenden zu eigenverantwortlichem Handeln in Sicherheitsfragen bewegen, damit sie Sicherheitsvorgaben nicht als Beeinträchtigung ihrer Arbeit ansehen. Vorsorge ist besonders wichtig. Gleichzeitig sollte man festlegen, wie bei einer Krise zu reagieren ist. Wichtig sind klare, einfache Sicherheitsstandards, die man als Handbuch an alle Führungskräfte ausgibt. Standards reichen aber nicht. Man muss sie anhand von Simulationen einüben.

Aus der Zentrale der Organisation benötigt man jemanden, der rund um die Uhr erreichbar ist, also eine Krisenhotline. Vor Ort sollte eine erfahrene Kollegin oder ein erfahrener Kollege zur/zum Sicherheitsbeauftragten ernannt werden, die oder der sich der Aufgabe konsequent widmet und dafür entlastet wird. Vorfälle und heikle Situationen sollten gemeldet und in der Organisation veröffentlicht werden (zum Beispiel quartalsweise), damit alle davon lernen können.

Sicherheit kostet Geld, aber Vorsorge ist deutlich günstiger als eine Notfallsituation. Deshalb sollte man ein jährliches Budget für Sicherheitstrainings etc. bereitstellen. Wichtig ist außerdem eine finanzielle Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben. Auf Grundlage eines guten Konzeptes kann man schon mit begrenzten Mitteln viel erreichen.

Tom van Herwijnen, Sicherheitsbeauftragter der Christoffel-Blindenmission

Fazit

Die fünf Trends machen deutlich, dass sich die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft und insbesondere die in ihr verwurzelten NRO auf neue Aufgaben in einer Welt im Umbruch einstellen müssen, wenn sie in Zukunft weiterhin eine wichtige Rolle spielen wollen.

Seien es die wachsende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume oder die zunehmende Bedeutung von Online-Fundraising – um ihre Arbeit gemeinsam mit Partnern im globalen Süden weiterhin effektiv leisten zu können, müssen sich NRO damit auseinandersetzen, wie sie ihre Strukturen und Instrumente an die neuen Begebenheiten anpassen können. Einig sind sich die Interviewten darin, dass die Arbeit der NRO politischer, flexibler und krisenfester werden muss.

VENRO unterstützt NRO dabei, zukunftsfähige Handlungsstrategien zu entwickeln und die passenden Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zu finden. Seit 2016 gibt es zusätzliche Angebote des Verbandes im Bereich Qualität und Wirksamkeit. Die Angebote richten sich an alle entwicklungspolitischen und humanitären NRO mit Sitz in Deutschland und umfassen Fortbildungen, Fachgespräche, Webinare und Handreichungen. Weitere Informationen dazu finden Sie auf unserer Website **www.venro.org/service**.

VENRO-Mitglieder

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Aktion Canchanabury
- AMICA e.V.
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- arche noVa
- Ärzte der Welt
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband
- AWO International

- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- BORDA e.V.
- Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe

- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza – Kinderhilfe Guatemala
- CHANGE e.V.
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland

- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Das Hunger Projekt
- DED-Freundeskreis*
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge

- DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
- Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
- Don Bosco Mondo
- DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- EMA – Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development
- EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungszentrum Berlin
- Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung*
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

- Fairventures Worldwide
- FIAN Deutschland
- FUTURO SÍ

- Gemeinschaft Sant´Egidio
- German Doctors
- German Toilet Organisation
- Germanwatch

- Habitat for Humanity Deutschland
- Handicap International
- Help – Hilfe zur Selbsthilfe
- HelpAge Deutschland
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- Hoffnungszeichen / Sign of Hope
- humedica

- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Bund (IB)
- Internationaler Hilfsfonds
- International Justice Mission Deutschland
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland

- JAM Deutschland
- Jambo Bukoba
- Johanniter-Auslandshilfe

- KAIROS Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Kinderrechte Afrika

- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke

- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionsärztliches Institut Würzburg

- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- Ora International Deutschland
- OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
- Oxfam Deutschland

- Plan International Deutschland

- Rhein-Donau-Stiftung

- SALEM International
- Samhathi – Hilfe für Indien
- Save the Children Deutschland
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development Chapter Bonn (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst International
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste

- Terra Tech Förderprojekte
- TERRE DES FEMMES
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen
- TransFair

- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)

- W. P. Schmitz-Stiftung
- WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
- Weltfriedensdienst
- Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof Darmstadt
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service
- World Vision Deutschland

- Zukunftsstiftung Entwicklung bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 127 Mitglieder,
inkl. 2 Gastmitglieder.
(Stand: Januar 2017)

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10
Fax: 030/2 63 92 99-99

E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Autorin: Jana Rosenboom

Endredaktion: Michael Katèrla

Fotonachweis: Shutterstock/Rawpixel.com (Titelblatt), Cardaf – Fotolia (S. 3), Jonathan McIntosh / https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jakarta_farmers_protest36.jpg#/media/File:Jakarta_farmers_protest36.jpg (S. 3), Kate Holt / https://commons.wikimedia.org/wiki/File:AUSAID_SOUTH_AFRICA_(10672860713).jpg (S. 5), Jörg Farys (S. 9), Flickr / DVIDSHUB / https://www.flickr.com/photos/28650594@N03/5158176147 (S. 11)

Layout: just in print
Druck: Umweltdruckerei
Auflage: 800 Exemplare

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, Dezember 2016

Die Herausgeber sind für den Inhalt allein verantwortlich.

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell mehr als 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
www.venro.org